

Bezugspreis:

Derzeit: 30.- M., monatlich 10.- M., ...

Telegraphische Adressen:

Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Sonnabend, den 25. September 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Monarchie oder Republik?

Am Freitag fand in Nürnberg eine Versammlung der Sozialdemokratischen Partei Nord-Bayerns statt...

Vertreter der Eisenbahner versprochen, daß in Bayern bei dem geringsten Versuch, die Monarchie aufzurichten...

Ohne Aufforderung beschloß die Versammlung, bei einer Revolution von reaktionären Ausschüßversuchen sofort in den Generalstreik einzutreten...

Auch der Referent, der Parteibeteran Genosse Segig, einer der besonnensten und ruhigsten Führer der fränkischen Arbeiterschaft...

Eine Rede Hermann Müllers.

Die Regierungsfrage. — Wachstum der Sozialdemokratie.

Nürnberg, 24. September. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) In Köln sprach am Freitagabend der frühere Reichsminister Genosse Hermann Müller im „Volkshaus“ über Deutschlands Schicksal...

Entwaffnungsaktion in Oberschlesien.

Kattowitz, 25. September. Auf Befehl der internationalen Besatzungsbehörden wurde in der letzten Nacht eine Entwaffnungsaktion in den Grenzorten des Kreises Kattowitz durchgeführt...

Zusammenstöße bei Hindenburg.

Auf der Castellengrube bei Hindenburg kam es gestern früh zu mächtigen Ausschüßungen, bei denen fünf Grubenbeamte zum Teil erheblich verletzt wurden...

Der Fall Franke.

Prag, 25. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Wegen der von uns bereits gemeldeten Ausweisung des kommunistischen Redakteurs Franke nach Sachsen...

bis 300 Millionen Mark neue papierne Zahlungsmittel, und der Dollar siehe hat 34 im Juni jetzt auf 68. Alles das unter dem Regimente der Finanzminister...

Die Hauptfrage der nächsten Zukunft sei die Frage der Sozialisierung. Wer wolle, daß die Sozialdemokratische Partei mit der Deutschen Volkspartei in eine Koalitionsregierung auf breiterer Basis gehe...

In der Rede des Genossen Hermann Müller schloß sich eine Diskussion an, in der auch Kommunisten sprachen. Es war nicht schwer, ihre üblichen Versammlungssprüche zu widerlegen...

Die Befragung der Versammlung war eine so ungeheure, daß nur ein Teil der Personen in die Räume eingelassen werden konnte. Eine Parallelversammlung wird demnächst stattfinden.

Millerands Handlanger.

Paris, 25. September. Die „Matin“ mitteilt, ist der Generalsekretär des Ministeriums des Äußeren Paléologue zurückgetreten.

Paris, 25. September. In einer Habadmeldung heißt es, die Leagues übertragene Aufgabe bestete vornehmlich darin, die Politik Millerands fortzusetzen.

Die französische Presse begrüßt die Wahl Millerands, wie nicht anders zu erwarten war, fast einhellig. Die „Humanité“ dagegen sagt: „Millerand ist der Mann des Vorkriegs, der katholischen Kirche, der europäischen Kontinentalrevolution...“

Das Betriebsrätegesetz in Italien.

Rom, 26. September. (It.) Die Arbeiterverbände der Textilindustrie und der chemischen Fabriken Italiens haben den Gewerkschaftsbund beauftragt, das Betriebsrätegesetz Ciolittis auch für die chemische und für die Textilindustrie durchzusetzen...

Zur Sozialisierung der Kohle.

Von Rudolf Wissell

Anmerkung der Redaktion. Die Sozialisierungskommission hat zwei Vorschläge ausgearbeitet. Zu dem Vorschlag I, der eine sofortige Ausschaltung der Unternehmer vorsieht...

In der Parteipresse will keine rechte Diskussion über die Vorschläge der Sozialisierungskommission zustande kommen. Die inner- und außenpolitischen Ereignisse nehmen die Kraft und den Raum der Presse zu sehr in Anspruch...

Die geringe Beschäftigung der Öffentlichkeit mit den von der Sozialisierungskommission gemachten Vorschlägen mag zum Teil auch wohl daran liegen, daß die Vorschläge der landläufigen Ansicht über die besten Formen der Sozialisierung entgegengesetzt sind...

Die Aufhebung der privatkapitalistischen Produktionsweise kann nur durchgeführt werden mit einer Enteignung von privatem Besitz an Produktionsmitteln. Uebersetzung in den Besitz der Gesamtheit und Beseitigung der privaten Ausbeutung...

Beide Vorschläge lehnen den staatlichen Betrieb als den wirtschaftlichen Bedürfnissen der heutigen Zeit nicht entsprechend ab. Sie sehen in der staatlich-bureaucratischen Verwaltung schwere Hindernisse für eine wirtschaftliche Ausnutzung der Bergwerke...

Produktionsmittel bisher ergebenden Mißbräuche und Mißstände aufgehoben werden. Deshalb soll der Besitz an einer durch die Ausnutzung aller technischen Erfindungen zu erzieltenden billigen Produktion durch Prämien interessiert bleiben. Im übrigen soll lediglich das in den Betrieben arbeitende Kapital verzinst werden, so wie es auch heute sonst verzinst werden würde. Darin ist meiner Auffassung nach absolut keine Gefahr zu erblicken. Die Sozialisierungs-Kommission ist einflussreich der Meinung, daß eine einseitig die bisherigen Besitzer schädigende Enteignung nicht zu rechtfertigen ist und daß, abgesehen von der mit jeder Gruppiermaßnahme verbundenen unvermeidlichen Benachteiligung ein einzelnes Unternehmerrgebiet nicht härter betroffen werden darf, als es der möglichst einheitlich zu gestaltenden Auffassung und Handhabung des Sozialisierungs- und Enteignungswesens entspricht. Bei dieser Sachlage würde also auch bei einer Entschädigung des heute in der Kohlenwirtschaft festgelegten Kapitals dieses Kapital, wenn es sich, was naturgemäß geschehen wird, auf einem anderen Gebiete als der Kohlenwirtschaft betätigt, eine Verzinsung erfahren. Wenn nun bei der finanziellen Notlage des Reiches die Entschädigung für die Enteignung des Privatbesitzes etwa in der Form von Obligationen geschieht, so müßte doch die Verzinsung immer aus der Kohlenwirtschaft herausgewirtschaftet werden. Muß also der Kohlenbergbau diese Verzinsung unter allen Umständen aufbringen, würde es falsch sein, die bisherigen Leiter der Kohlenwirtschaft nicht immer noch an der Gestaltung der Kohlenwirtschaft zu interessieren. Läßt man die Besitzer als nominelle Eigentümer der Bergwerke weiter bestehen, so ist die Hoffnung begründet, daß die Sachkunde und das Wissen der Leiter der Kohlenwirtschaft erhalten bleibt.

Man kann nun freilich einwenden, daß mit diesem bestehenden Privatbesitz eine für die Förderung der Produktion günstige psychologische Wirkung auf die Arbeiter verhindert wird. Die Arbeiter sind jedoch an der Sozialisierung in hohem Maße interessiert, während das Unternehmertum dieser Sozialisierung widerstrebt. Wäre ich ab, was für die Zukunft der Kohlenwirtschaft bedeutungsvoller ist, komme ich zu dem Ergebnis, daß der Arbeiter die Notwendigkeit einer Regelung der Kohlenwirtschaft, wie ich sie für richtig halte, verstehen wird und daß zugleich die Mitarbeiter, d. h. das Wissen und Können der bisherigen Leiter der Kohlenwirtschaft erhalten bleibt.

Aus diesen Erwägungen habe ich mich für den Teil der Vorschläge der Kohlenwirtschaft entschieden, den ich hier eben besprochen habe. Es ist jedoch noch ein weiteres Moment dafür, wenn auch erst sekundär mitentscheidend gewesen. Das ist die in der Begründung des Vorschlags, der schon heute das Privateigentum restlos beseitigen will, vertretene Auffassung, daß über kurz oder lang auf dem Gebiete unserer Wirtschaft ein Ausgleich der Inlandspreise an die Weltmarktpreise nicht verhindert werden könne. Ich halte das für falsch und sehe in dieser Begründung ein erhebliches Argument für die Auffassung, die bewußt die Anpassung der Inlandspreise an die Weltmarktpreise propagiert. Diese Parole ist von der folgenschwersten Bedeutung für das Proletariat Deutschlands gewesen. Die Verwirklichung dieser Auffassung hat die Preissteigerung bewirkt, die wir leider im Laufe des letzten Jahres erlebt haben. Das näher darzutun, würde mich hier zu weit führen.

Wir stehen vor einem Wendepunkt in unserer Wirtschaftsführung. Neue Formen unserer Wirtschaft ringen nach der Gestaltung. Formen, in denen der Arbeiterschaft eine entscheidende Mitbestimmung in der Wirtschaftsführung zufällt und die dem Sehnen und Drängen der Massen Erfüllung gibt. Viel Unklares ist in diesem Sehnen der Massen noch vorhanden. Hauptsächlich tragen die Vorschläge der Sozialisierungs-Kommission dazu bei, Klarheit auf diesem Gebiet zu schaffen und dann auch all die Kräfte freizumachen, die bei unserer so sehr daniederliegenden Wirtschaft zum Wenaufbau derselben erforderlich sind.

Naturforschertag und Relativitätstheorie.

Die Weltklasse der Naturwissenschaftler hatte am Donnerstag zusammen mit der mathematischen eine Sitzung mit Vorträgen über die Relativitätstheorie. Die strengsten sachlichen Ausführungen, denen nur bei völliger Beherrschung der höheren Mathematik folgen kann, bieten naturgemäß nur ein ganz geringes Interesse für eine weitere Öffentlichkeit. Aber durch die bekannnten Angriffe und Beschimpfungen gegen Einstein in Berlin war das Interesse nun einmal erregt, und so fanden sich wohl 300 bis 600 Personen ein, die aus beruflichem Grunde Belehrung schöpfen wollten. Sie kamen zum Teil auch auf ihre Rechnung, denn nach Beendigung der Vorträge und der Diskussion über ihre Einzelheiten wurde eine allgemeine Aussprache über die Grundlagen der Relativitätstheorie eröffnet, die sich insofern lehrreich gestaltete, als ein hervorragender Physiker, Professor Lenard-Heidelberg, einer der wenigen wissenschaftlichen Gegner der Lehre Einsteins, seine Einwände vorlegte, und in einer gegenseitigen Aussprache mit Einstein der Grund des Gegenstandes klar wurde.

Lenard will an der Hypothese des Weltalters festhalten, er behauptet, das sei gar keine Hypothese, sondern die Existenz des Weltalters sei erwiesen, weil man ohne den Keiter die physikalischen Erscheinungen nicht als mechanische auffassen kann, die Welt also dann nicht mechanisch begreifen könne. Demgegenüber ist zu betonen, wie es Eiland auf der Königsberger Naturforscherversammlung im Jahre 1910 getan hat, daß der Keiter gar nicht berechtigt ist, Forderungen an die Natur zu stellen; jedoch unbetont hat man verlangt, die Natur müsse mechanisch begreifbar sein, die Natur hat sich aber dessen geweigert, und damit müssen wir uns bescheiden, und wir müssen Fragen an sie stellen und ihr die Antworten darauf abknöpfen. Professor Nie-Greifswald bemerkte, daß der Keiter gar nicht durch die Relativitätstheorie, sondern schon vor fast 50 Jahren durch die grundlegenden Arbeiten von Lorentz abgeklärt sei. Lenard wollte den Keiter festhalten, um, wie er sagt, die Anschaulichkeit nicht zu verlieren.

Demgegenüber bemerkte Einstein, über das, was anschaulich sei, anders sich die Meinungen im Laufe der Zeiten; die Mechanik galt als die Wissenschaft der Zeitgenossen, die heute wenig anschaulich, heute aber arbeiten wir mit elektrischen Feldern, und es gibt Elektriker, denen mechanische Vorgänge erst dann anschaulich sind, wenn sie sie mit Hilfe der elektrischen Felder erfassen können. Auch Professor Born-Göttingen betonte Lenard gegenüber gerade die große Anschaulichkeit der Einsteinschen Theorie. In der alten klassischen Mechanik konnte man z. B. für die Bewegung der Erde um die Sonne die Anziehungskraft und die Trägheit, und falls die Sonne weg, so würde die Erde in gerader Bahn andauernd sich

Das russische Elend.

Einen erschütternden Bericht gibt einer der Auslandswanderer, S. B. Oschke, Hamburg, dem „Hamburger Echo“ über die Erlebnisse der durch die Wochenschriften eines U.S.P.-Agenten nach Sowjetrußland verlockten Auswanderer, die nunmehr durch Vermittlung Dittmanns wieder heimgekehrt sind. Wir haben, sagt unser Hamburger Parteimitglied, als der U.S.P.-Mittler seine verderbliche Tätigkeit begann und die „Anstiedlung Ost“ gründete, einen heiligen Kampf gegen diese offensichtlich nur zum Schaden der Mitglieder begonnene Agitation geführt und kein Mittel unversucht gelassen, um die Hamburger Arbeiterschaft aufzuklären darüber, daß sie mit eiligen Versprechungen ins Unglück geführt werden sollte. Ein großer Teil hat auf uns gehört, ein anderer geringerer Prozentsatz, kaum 100 Personen, hat die Reise unternommen, am heute, vollständig niedergeschmettert von den gemachten Erfahrungen, für immer von den Segnungen des gelobten Landes genug zu haben. Der Bericht ist ein empörender Schrei über die „Renschenhändler“, die ihr freventliches Spiel mit den unwissenden Arbeitern gespielt haben. In Rußland angelangt, merkten die Auswanderer bald, daß sie „belogen und betrogen“ worden seien. Man sandte eine Abordnung nach Kossau, und dort stellte sich heraus, daß den Sowjetbehörden die Leute, die sich in Deutschland als ihre Vertreter ausgegeben hatten, gar nicht bekannt waren. Die zum Teil durch die vollständig ungenügende Verpflegung (es gab 400 Grammat Brot und einen Teller Dose, „Nationalfutter“, ein Arbeiten bei dieser Nahrung sei unmöglich gewesen, täglich neue Erkrankungen an Brechreiz und Entkräftung), und die durch das Schlafen auf blanken Fußböden ohne Matratzen verdeckelten Leute mußten keinen Rat mehr, als die U.S.P.-Abgeordneten (Dittmann usw.) und alle Stellen, die sie erreichen konnten, um schleunigste Heimbeförderung anzuflehen. Die Arbeit, die den unglücklichen Betroffenen angeboten wurde, sollte in einer Fabrik unter Aufsicht von Militär geschehen. Als den Auswanderern die Augen geöffnet waren und sie an das Entkommen aus dieser Hölle dachten, wurden sie nur noch als „Bürgerliche“ und „Konterrevolutionäre“ angedeutet und schließlich grundlos interniert, verhaftet und ihnen die Lebensmittel entzogen.

Ein Teil, darunter Genosse Oschke, flüchtete nach Moskau und konnte von dort den Rücktransport durchsetzen, der „Volschwistenputz“ war zu Ende. Der Bericht ist voller Bormühen und Anklagen gegen die in Rußland, die Rußlands Lage im rötigen Licht erscheinen lassen, und gegen Dittmann, der jetzt (als gemachter Sowjetmann wahrscheinlich) in Moskau sitzt und der das ganze Unglück für Hamburg auf dem Gewissen hat. Der Bericht ist ein neuer Beitrag dafür, wie maßlos die U.S.P. das arbeitende Volk irreführt hat und wohin die kommen, die in Rußland immer noch ein Paradies und ein Schlaraffenland erblicken.

Auch von russischer Seite wird dieses Elend in Rußland offen zugegeben. Beauftragte des Deutschen Bauarbeiterverbandes besuchten am 18. September das am Tage vorher in den Hamburger Hafen eingelaufene Sowjet-Schiff „Robotnik“, auf dem sich die russische Gewerkschaftsdelegation befand. Von ihr war schon am 18. September von der „Roten Fahne“ in Berlin behauptet worden, daß sie nicht an Land käme, weil die deutschen Behörden die Einreise erlaubnis nicht gäben. Tatsächlich war das Schiff erst am 17. September angekommen. Als unsere Genossen an Bord kamen, erfuhren sie, daß die gesamte Delegation an Land gegangen war; an Bord befand sich nur das „Perlonal“, für das die Einreise erlaubnis bekanntlich von der Delegation verweigert gar nicht eingeholt war. Im „Hamburger Echo“ berichten die Genossen vom Bauarbeiterverband über ihre Unterredung mit diesen Russen:

„Verstunde, die russische Delegation in Hamburg anzutreffen, scheiterten, da über ihren Verbleib nichts zu erfahren war. In einer mehrstündigen Unterredung mit zwei von den an Bord befindlichen russischen Sozialisten wurde Wort für Wort das bestritten, was Dittmann in seinen Artikeln über seine Einbrüche in Rußland mitgeteilt hat. Auf den Widerspruch aufmerksam gemacht, der sich zwischen seinen Ausführungen und den rötigen Schilderungen unserer Rußlandkorrespondent zeigt, meinte der eine Russe: „Unsere Freunde, die der Wahrheit entgegen, die Verhält-

weiterbetrogen. Es müßte man doch fragen, warum denn und wo hin denn? Bei dieser Anschauung werden ja geradezu dem leeren Raum bestimmte Eigenschaften zugelegt. Nach der Einsteinschen Anschauung aber gäbe es eine Wechselwirkung zwischen allen vorhandenen Mächten, und diese Wechselwirkung bewirkt, wenn man von der Sonne absteht, das Fortschreiten der Erde in geradliniger Bahn. Doch bei der Einsteinschen Theorie die Gravitation noch mit herauskommen, die in den Voraussetzungen gar nicht bede, sei eine geradezu glänzende Leistung.“

Zugabegeben muß werden, daß die Einsteinsche Anschauung an das Abstraktionsvermögen große Anforderungen stellt. Denard hob hervor, er wolle das spezielle Relativitätsprinzip anerkennen, nach welchem gleichzeitige Bewegung nicht erkennbar sein soll; er könne aber nicht das allgemeine Relativitätsprinzip anerkennen, nach welchem Bewegung überhaupt nicht erkennbar sein soll, und er fürchte den gesunden Menschenverstand ins Feld, der zum Beispiel, wenn ein fahrender Eisenbahnzug plötzlich gestoppt werde, und die Menschen darin inselbstbesten gründlich durcheinandergeschüttelt würden, niemals zugeben werde, daß die Ursache dieser Erschütterung etwa nicht in der Bewegung des Zuges und der Menschen, sondern in der entgegengelegten Bewegung der übrigen Welt zu suchen sei. Einstein warnte vor dem gesunden Menschenverstand, der doch Lügen aufreißt und sehr leicht in die Irre geht. Aber in diesem Punkte trat auch Nie-Greifswald Lenard bei, obwohl er sich einen begeisterten Anhänger der Relativitätstheorie nannte.

Eine besondere Märrung über die Grundlagen der Relativitätstheorie für das größere nicht fachmännisch gebildete Publikum konnte diese Diskussion naturgemäß nicht bringen, und in dem engen Rahmen dieses kurzen Berichtes kann diese schwierige Frage wohl auch kaum eingehender dargestellt werden.

Steinachs Verjüngungskur.

Eine andere wissenschaftliche Tat, die in der Öffentlichkeit etwas sensationell besprochen wurde, ist die sogenannte Steinachsche Verjüngungskur, der in der chirurgischen Abteilung der Naturforscherversammlung eine sachliche Besprechung gewidmet wurde. In nüchtern-sachlicher Weise berichtete Professor Lichtenstein-Wien über die Erfahrungen, die er an 26 bisher Operierten gemacht hat. Nicht fünfzig waren sie bei wirklichen Greisen und bei Personen mittlerer Jahre, die vorzeitig gealtert waren, gering bei jungen Männern, deren Männlichkeit von Geburt an zurückgeblieben war.

Inwiefern es sich nun um eine wirkliche Verjüngung handelt, ist doch noch recht zweifelhaft. Zunächst betonte Professor Lichtenstein, daß das Wesen der sogenannten Pubertätsdrüse noch gar nicht bewiesen sei. Es handle sich vielmehr bisher nur um eine theoretische Annahme. Sodann bemerkten die Chirurgen Bayer-Weipzig und Kummel-Hamburg, daß die Operation bewirkt

nisse in Rußland als günstig hinstellen, leisten und einen schlechten Dienst. Wir leiden in Rußland hitlere Not. Die Lebensbedingungen der russischen Arbeiter sind sehr viel schlechter als die, unter denen zurzeit die deutschen Arbeiter leben. Es ist sehr wohl möglich, daß drei, vier oder mehr Jahre später vergehen werden, ehe wir solche Verhältnisse haben, wie sie zurzeit in Deutschland bestehen.“ Mein Fräulein Schöberl, das ich als Beweis unserer schlechten Ernährungsverhältnisse zeigte, wurde als herztlich im Vergleich zum russischen Brot hingestellt. Ueber die Bauartigkeit befragt, erklärten die russischen Genossen, daß Wohngebäude so gut wie gar nicht errichtet werden und daß die Bauartigkeit sich nur auf öffentliche Gebäude beschränke. Dies sei auf das Fehlen der Baustoffe zurückzuführen. Ein Bedürfnis zum Bauen sei aber in den Großstädten auch gar nicht vorhanden; denn dort hände — mit Ausnahme Moskaus — wegen der Entvölkerung eine große Anzahl Wohnungen leer. Die russischen Bauern sind Eigentumsfanatiker, die nach Meinung dieses Kenners der Verhältnisse nur deshalb zur Sowjetregierung halten, weil sie befürchten, daß eine reaktionäre Regierung sie wieder enteignen werde.

Trotzdem er das Elend in Rußland Wort für Wort beschämen mußte, glaubt der Russe an die Zukunft des Bolschewismus. Der Glaube kann bekanntlich Berge versetzen. Die deutschen Arbeiter aber, die Wahrheit über Rußland hören wollen, werden diesen Glauben kaum teilen.

Moskau-Stipendiaten.

Der „Vorwärts“ hat kürzlich Aufforderungen über die finanziellen Beziehungen der R. P. D. verlangt. Die „Rote Fahne“ antwortet darauf, abgesehen von der falschen ablehnenden Behauptung, die Sozialdemokratie habe ihre Wähllosen seit der Revolution aus Regierungsgeldern besprochen, mit der Erklärung, daß es erstens seit jeder in der Arbeiterbewegung üblich war, daß Bruderparteien sich gegenseitig finanziell unterstützen und daß die R. P. D. bisher keinen Pfennig Regierungsgelder erhalten hat.

Die russische Bruderpartei der R. P. D. ist mit der russischen Regierung identisch. Wenn die R. P. D. von der russischen Bruderpartei Geld bekommt und daran nichts Arges findet, so ist das genau dasselbe, als wenn sie das Geld von der russischen Regierung bezieht. Eine solche finanzielle Abhängigkeit einer Partei von den Machhabern eines fremden Staates ist etwas Neues in der Arbeiterbewegung und läßt sich mit den Gepflogenheiten der internationalen Solidarität nicht bemängeln. Die Führer der Kommunisten wollen das deutsche Proletariat, nach Kades eigenem Geständnis, „durch eine Hölle von Qual“ führen und lassen sich dafür von Rußland bezahlen.

Heraus aus dem Tollhaus!

„Freiheit“ vom 25. September, morgens. Beistatistik: Die Geschichtsfälschungen der „Roten Fahne“ von Georg Ledebour. Betrifft die Vorgänge vom Januar 1919 und handelt vom Treiben der R. P. D., Seilschneiderei der „Roten Fahne“, Fälschungen und Verleumdungen. — Folgt Rotiz „Gefährlicher“, in der dem „Genossen Ledebour“ — gemeine perfide Erbarmlichkeit! — nachgewiesen wird. — Folgt Rotiz „Auf Lügenpfaden“, die sich gegen einen „Tobjuchtsanfall“ der „Roten Fahne“ richtet. — Folgt Rotiz „Pa“, gegen Freunde der „Roten Fahne“, die nur von Verleumdung leben, niedrige persönliche Hege treiben, Arbeiterschaft spalten und die Bewegung vereteln. Diese Rotiz wendet sich gegen ein Inserat der R. P. D., daß die „Freiheit“ aufzunehmen gezwungen war und das zur Breitschermung gegen die Verleumdung der „Freiheit“ gegen die Verleumdungskampagne der Dittmann und Erbsen aufrufend. — Folgt Rotiz „Nach Kommunistenort“, will Dittmann und Erbsen dem U.S.P.-Parteisekretär Oelsner-Halle nachzogen, er schreie vor keiner noch so absurden Verleumdung“ zurück.

Zwischen durch aber auch eine Rotiz „Anreiherei“, „Gegen den Vorwärts“, „Schäbige Mittel“, „Kleinliche Parteipolitik“, „Ekel“, „Anreiherei“, „Wählendamm“. — Dies alles, weil der „Vorwärts“ seine Leser auffordert angesichts des reitungslösen Verfalls der U. S. P. D. die Reihen der

und unbewußt aus anderen Gründen schon seit Jahrzehnten und unendlich häufig ausgeführt worden ist. Ihre Wirkungen waren nicht immer harmlos, manchmal war Gefährlichkeit die Folge. Es ist kein Zweifel, daß nicht selten die Operierten von sich sagten, eine neue Jugend sei über sie gekommen, aber es ist nicht gewis, daß sie in dem viel beschriebenen Sinne zu denken ist. Es handelte sich um alte Leute mit der nicht seltenen Vergrößerung der Vorderhörner; bis man sich hier zur Operation entschloß, sind meistens schmerzreiche und qualvolle Jahre vorangegangen. Wenn denn diese Qualen aufhören, ist das Gefühl neuer Frische wohl zu verstehen.

Nach Reinhardt's Rücktritt von der Oberleitung seiner Bühnen ist nunmehr endgültig festgesetzt geworden. Von heute ab tritt Fritz Holländer das Regiment an. Reinhardt's Kunst wird den Bühnen nur noch als Regisseur von jährlich sechs Vorstellungen erhalten bleiben. Wie gleichzeitig mitgeteilt wird, ist Gerhart Hauptmann verpflichtet worden, jährlich zwei Dramen zu inszenieren. Er tritt nicht (wovon die Rede war) in die Leitung der Bühnen ein.

Der indische Dichter Rabindranath Tagore, der auf einer Weltreise begriffen ist, wird nach Deutschland kommen. Als Grund, warum er diesen Besuch, der als wichtig gelten dürfte, ausführt, werden Erklärungen der Einreiseerlaubnis angeben. Darüber muß man die höchste Verwunderung ausdrücken. Deutschland hat allen Anlaß, Wege zu suchen, die das Ziel haben, seinen Ruf in der Auslandswelt von Grund aus zu heben. Das Gegenteil aber wird erreicht, wenn man sich nicht müht, einem Denker und Dichter, dessen Wort in allen Zonen gehört wird, die Tür frei und weit zu öffnen. Tagore wird schon in den ersten Oktobertagen nach New York fahren.

Die Tänzerin Odwig Rottebohm hat gestern einen Abend im Kindworts-Scharwenke-Saal. Die bekannte Schillerin des Volkstheaters in Seltzer bildete klassische und moderne Kunst im Sinne des Meisters in Körperbewegung um und verdient unbeschränkte Anerkennung. Das ist die aus rhythmischer Gymnastik entwickelte reine Rhythmi: in Reden und Russen tiefergehendes Gehirn, in Leben gezeichnetes Empfinden. Nach demgestalt darzustellen, ist allerdings eine Kunst, die nicht gelöst werden kann, obwohl gerade seine Gavotte den meisten Anklang fand. Dieser Meister darf nur regungslos gedacht werden. Am Flügel läßt Odwig Rottebohm ihre Aufgabe mit Geschmeidigkeit FRK.

Erkennungen der Woche. Fr.: Kolo-Theater. Der Kritiker. Seb.: Söllsbühne. Kabale und Liebe. Wl.: Deutsches Theater. Einsame Menschen.

Die Berliner Sezession wird ihre neue Ausstellung erst ungefähr Ende Oktober eröffnen.

Bauingenieur Dollinger, der fruchtbarste Hochschullehrer und ausgezeichnete Kritiker, wurde anläßlich der Vollendung seines 80. Lebensjahres von der Berliner Technischen Hochschule zum Doktor-Ingenieur ehrenhalber ernannt.

Klabund. Ist im Graphischen Kabinett, Rühlensdamm 222, am 29. September, abends 8 Uhr, aus eigenen Dichtungen.

Sozialdemokratie zu fällen und dem „Vorwärts“ neue Leser zu werben. Das kann nun jedoch nur Anlaß sein, unsere Aufforderung nachdrücklich zu wiederholen. Im Laufe des nächsten Quartals wird die „Freiheit“ aller Wahrscheinlichkeit nach ein rein kommunistisches Blatt werden, und dann werden die jetzigen Redakteure der „Freiheit“, die offenbar den Kapfschön vollständig verloren haben, froh sein, daß es in Berlin noch ein sozialdemokratisches Blatt gibt, den „Vorwärts“.

Darum noch einmal: Hinzu in die S. P. D., werbt dem „Vorwärts“ neue Leser! Heraus aus dem Tollhaus!

Kappisten im Dienst!

Hamburg, 25. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In Hamburg hält sich zurzeit eine Entente-Kommission auf. Dieser sind nicht weniger als 4 deutsche Verbindungsbeamte beigegeben. Alle sind natürlich stamme Reaktionäre. An der Spitze steht ein Major Rodensen aus Aßfeld, der in Hamburg einer der Hauptmänner des Kapp-Putschs gewesen ist und jetzt bereits augenscheinlich wieder in Amt und Ehren sitzt und zu beratenden verantwortungsvollen Posten herangezogen wird. Im übrigen ist auch der Oberst Freyher von Ledebour, der während des Kapp-Putschs in Altona das Rathaus besetzt hatte und dessen Wort berühmt geworden ist von dem Eid, den er um 8 Uhr brechen wollte, wenn er ihn um 7 Uhr geschworen habe, wieder aktiv im Dienst!

Groß-Berlin

Die belgischen Klappenschränke.

Eine zeitgemäße Erinnerung aus Antwerpen.

Das vor einigen Tagen neueröffnete Fernsprechamt „Athena“, das dem Berliner Fernsprechamt die schnellst erwartete und bitter notwendige Entlastung bringen sollte, und — wenn auch nur zu einem geringen Teil — tatsächlich gebracht hat, war schon wenige Tage später wieder mit zwangsvoller Schließung bedroht. Die belgischen Mitglieder der Widerstandskommission hatten in Erfahrung gebracht, daß in diesem Amt Klappenschränke eingebaut waren, die während des Krieges von Belgien nach Deutschland geschafft worden waren. Sie forderten auf Grund des Friedensvertrages die Herausgabe dieser Klappenschränke. Das hätte zur zwangsvollen Schließung des neuen Amtes geführt und eine heillose Verwirrung im gesamten Berliner Fernsprechamt angerichtet. Was Deutschland Belgien genommen hat, wird bis zum letzten Heller mit Zins und Zinseszins zurückgefordert.

Wir erhalten nun zu dieser Angelegenheit eine Zuschrift, die ein interessantes Licht auf das belgische Vorgehen wirft. Der im November 1918 von den Soldatenräten eingesetzte Leiter des Antwerpener Telegraphenamtes wurde in einem Schreiben vom Bürgermeister von Antwerpen ersucht, im Interesse der Allgemeinheit jede Betriebsstörung des Amtes zu verhindern und es ordnungsgemäß zu übergeben. Dies wurde ihm zugestimmt. Da das deutsche Militär bereits abgerückt war, erhielt das Amt belgische Bürgerwehr als Bewachung. Die Uebergabe fand in der üblichen Weise statt und ist durch Schriftstücke belegt. Am Tage danach stellte man als einzige, allerdings erstklassige Leistung der Wachmannschaft fest, daß sie vier große, schwere Kisten, deutsches Telephongerät enthaltend, bis auf den letzten Nagel hatten verschwinden lassen. Wahrscheinlich zum Paal für die ordnungsmäßige Uebergabe des Amtes durch die Deutschen.

In der Zuschrift heißt es zuletzt wörtlich: „Als ich dem Bürgermeister von Antwerpen das Telephonamt übergab, glaubte ich eine selbstverständliche Pflicht zu erfüllen und so an meinem Teil daran mitzuarbeiten, Ruhe und Ordnung im Interesse der Allgemeinheit wiederherzustellen. Seitdem ich die eingangs erwähnte Notiz gelesen habe, weiß ich allerdings nicht recht, ob meine Handlungsweise die richtige war, wenn zwei Jahre nach dem Krieg alles getan wird, um uns Deutschen durch heimliche Schikanen den feinerzeit von Belgien gewünschten Zustand der Ordnung, den gerade wir Deutschen so nötig haben, unmöglich zu machen.“

Die Belgier täten unbeschadet ihrer Ansprüche gut, sich an solche und ähnliche Vorkommnisse ein wenig zu erinnern.

Der Franzosensfilm im Potsdamer Stadtparlament.

Die in Potsdam jetzt so beliebten Filmaufnahmen für französische Filme beschäftigen die Stadtverordnetenversammlung bis in die zweite Morgenstunde. Der deutsch-nationale Rechtsanwalt Dr. Ueberholz hatte den Antrag eingebracht, die Benutzung der öffentlichen Gebäude zu Filmaufnahmen zur Befriedigung französischer Eitelkeit und Schmeichelei französischer Größenwahn zu untersagen in den Fällen, in denen er ein Unterjochungsrecht hat.

Der Antragsteller machte dem Oberbürgermeister Vohberg darüber Vorwürfe, daß er, wo er das Hausrecht im Stadtschloß besäße, die französischen Trifflure hießen ließe. Stadtdirektor Dorsmann (D. V.) warnte vor der Vorstellung des Antrages und beantragte, den Antrag zu mildern, da sonst Potsdam schwere politische Nachschläge zu befürchten hätte. Stadtdirektor Wolter (U. S.) meinte, daß gerade diejenigen ihre Fenster in der Kommodenstraße zum Kloaken der französischen Höhen herangehen hätten, die früher am Kaiserlichen Hofkapitel gedungen. Als Wolter meinte, früher wäre der Einzug des russischen Zaren mit Wilhelm II. gefolgt und jetzt, wo man in Potsdam den Einzug des Sonnenkönigs filme, sei dies so dreifach wie das andere, da doch ein Sturm im Stadtparlament los, daß die Passanten auf der Straße lachen blieben. Die rechtsstehenden Parteien verließen unter Pflü- und Protestrufen den Saal. Reichstagsabgeordneter Etzab (Eg.) erklärte, daß man sich durch den Antrag im Auslande blamiere. Potsdam brauche Industrie und die Industrie bringe Deutschland viel Geld. Oberbürgermeister Vohberg ergriff darauf das Wort und bedeutete der Versammlung, daß er von der Erklärung des Stadtschloßes und dem Hissen des Lilienbanners nichts vorher gewußt habe. Der Kommunistenrat zur Vertretung französischer Größen dürfe nicht noch einmal in Potsdam vorkommen. Der Polizeipräsident habe zugestimmt, sein Augenmerk strengstens darauf zu richten, daß Uebergriffe nicht mehr vorkommen. Der Antrag wurde dahin angenommen, den Magistrat zu ersuchen, Filmaufnahmen, die das vorläufige Empfinden verletzen, zu untersagen und dementsprechend auch auf den Polizeipräsidenten einzuwirken.

Also kann der durch die Filmtour arg gefährdete „Geist von Potsdam“ herrlich weiter blühen und gedeihen.

Die Spur des Raubmörders aus der Linienstraße.

Die Verfolgung des Täters, der von drei Personen nach Ausführung des Verbrechens geflohen worden ist, hat bisher noch zu keinem Ergebnis geführt. Ein großes Aufsehen von Beamten ist ständig unterwegs. Der Räuber wird zweifellos versuchen, die dem Kaufmann Engelmann geraubte Uhr irgendwo zu Geld zu machen. Große Engelmann scheint er nicht erkaufen zu haben, sonst hätte er die Uhr nicht gleich nach der Tat dem Rigarrenhändler in der Büsingstraße angeboten. Nach den bisherigen Feststellungen scheint Engelmann auch kein vermöglicher Mann gewesen zu sein, für den er von Leuten, die seine Verhältnisse nicht kennen, seiner Bekanntschaft wegen gehalten wurde. Es hat vielmehr den Anschein, als ob Engelmann sich mit der Prozedurierung über Wasser gehalten hat. Wenn ihm

„Der Geist des Gesetzes“.

Zusammenstöße im Kommunistenprozeß.

In der heutigen Verhandlung gegen die Weihensteiner Kommunisten wurde mit der Zeugenvernehmung fortgefahren. Kriminaloberwachmeister Schiller, der feinerzeit im Polizeipräsidium einige der Angeklagten vernommen hat, erklärt, daß ihm über die sogenannte Kampforganisation keinerlei Material vorgelegen habe. Er habe darüber nur das gewußt, was damals in der Presse stand. Der Zeuge schilbert dann die Art und Weise, in der sich die Vernehmung abgespielt hat. Er habe die Angeklagten unter dem Gesichtspunkt der Teilnahme an der Erschießung des Sicherheitsbeamten Schwedowski vernommen. Der Fall sei deswegen von der Abteilung Ia bearbeitet worden, weil es sich um ein Verbrechen gegen die Staatsinteressen handelte. Schiller bestreitet entschieden, die Angeklagten irgendwie beeinflusst haben. Jilinski habe ihm freiwillig ausführliche Angaben über den ganzen Vorfall gemacht. Er habe den Eindruck gefaßt, daß dieser Angeklagte wohl etwas beschränkt sei, aber der Wahrheit gemäß ausgesagt habe. Die Instruktion im Trögerschen Lokal hätte „Arthur“ (Michaelis) erteilt. Diese Angaben des Jilinski seien dann später durch die Aussagen des Dolmetscher bestätigt worden und deckten sich auch mit den Aussagen des Fall. Der Zeuge befand weiter, das Dolmetscher ihm freiwillig gestanden habe, er habe eine Pistole von Arndt erhalten, die er

in seiner Matraze versteckt

habe. Bei einer Hausdurchsuchung wurde die Waffe gefunden und als der dem erschossenen Wachmeister Schwedowski gehörige Revolver erkannt. Weiter habe ihm der Angeklagte mitgeteilt, daß die A. O. Weihensteiner ein Waffenlager besäße, dessen Adresse er jedoch nicht kenne.

Justizrat Kränkl wünscht festgestellt zu sehen, ob der Oberwachmeister Schiller seine Ermittlungen durch Suggestivfragen gemacht habe. Der Zeuge bestreitet das. Er bestund dann weiter von Jilinski gehört zu haben, daß ein in Weihensteiner wohnender Mann die Angeklagten dahin zu beeinflussen suchte, daß sie vor Gericht nichts auszusagen. Es dürfe von der A. O. nichts verraten werden. Im Anschluß daran kommt es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen dem Vorsitzenden und Rechtsanwalt Dr. Lamp. Der letztere erhob sich und richtete an den Zeugen Schiller die Frage: „Wieviel Beamte fanden Ihnen zur Verfügung?“ Der Vorsitzende unterbrochend: „Jaweilens gehört diese Frage zur Sache?“ Dr. Lamp: „Ja, Herr Vorsitzender, passen Sie mal auf.“

Vors.: „Wenn, Herr Rechtsanwalt, wir passen hier auf. Ich möchte aber wissen, inwiefern die Frage zur Sache gehört.“ Dr. Lamp: „Ich muß etwas weit ausholen, denn es ist nicht so leicht einen Polizeibeamten zu überführen und ihm seine Widersprüche vorzubringen.“ Vors.: „Wie können Sie einem Beamten so etwas vorwerfen?“ Dr. Lamp: „Erlauben Sie mal, Herr Vorsitzender, das tun doch alle Beamten.“ Vors.: „Ich muß das zurückweisen. Ich habe zu prüfen, ob eine hier gestellte Frage zur Sache gehört oder nicht. Das ist Gesetz.“ Dr. Lamp: „Für mich ist das Gesetz nicht maßgebend. Welche Bewegung im ganzen Saal.“ Ich verachte das Gesetz. Was nennen Sie

denn überhaupt Gesetz? Was da schwarz auf weiß gedruckt ist? Für mich kommt es auf den Geist des Gesetzes an und nicht auf den Buchstaben, nach dem Sie nur urteilen. Vors.: Ich muß solche Ausdrücke, wie „ich verachte das Gesetz“ auf das entschiedenste zurückweisen. Justizrat Dr. Kränkl: Verzeihung, Herr Vorsitzender, Sie haben wohl den Kollegen Lamp nicht verstanden? Er hat nicht gesagt: „Ich verachte das Gesetz“. Vors.: Er hat es doch gesagt, wir haben es alle gehört. Dr. Lamp: Also, dann will ich es noch einmal sagen: „Ich verachte das Gesetz“. Die Rechtsanwälte Dr. Sönheim, Weinberg und Dr. Kränkl verlassen darauf ostentativ den Saal. Vors.: Ich gebe es auf. Sie auf den richtigen Weg zu führen. Also, fahren Sie auf dem Wege fort, den Sie für richtig halten. Dr. Lamp zum Zeugen Schiller: Sie haben sich doch feinerzeit geäußert, daß Sie für die Weihensteiner Affäre

zum Kriminalkommissar befördert

würden? Zeuge: Das ist eine ganz infame Verleumdung. Ich bitte das Gericht, mich gegen solche Angriffe in Schutz zu nehmen. Dr. Lamp: Dann bitte ich den Sohn des Zeugen und die Frau des Angeklagten Kräger, Fräulein Hille, darüber als Zeugen zu vernehmen. Sie haben sich dahin geäußert, daß Sie schon vor dem 10. August in der Kommunisten Sache gearbeitet hätten, daß Ihnen ein Auto zum Kommunistentransport zur Verfügung stünde, und daß Sie nach Erledigung dieser Sache Ihre Beförderung zum Kommissar erhalten würden. Staatsanwalt Kammin: Wie alt ist der Sohn des Zeugen? Dr. Lamp: 25 Jahre. Staatsanwalt Kammin: Wird dieser Beweisbeitrag nach dem Geist oder nach dem Buchstaben des Gesetzes gestellt? Dr. Lamp: Nach dem Geist des Gesetzes. Vors.: Ja, aber nach dem Geist, wie ihn Herr Dr. Lamp meint.

Justizrat Proß: Herr Schiller, Sie werden mir doch zugeben, daß Ihre Karriere nur darauf ausgeht, befördert zu werden — Zeuge: Ich tue nur meine Pflicht als Beamter. Ich bin aber der Ansicht, daß jeder Mensch danach streben muß, es im Leben zu etwas zu bringen. — Vors.: Das Beamtenamt ist seine Pflicht aus sich selbst heraus. — Justizrat Proß: Wie wollen doch hier nicht mit Pfaffen kommen. Das Beamtenamt ist der Beamten bestand einmal vor 1014. Sie wissen ja selbst, wie es jetzt unterwühlt wird. Ich möchte den Zeugen noch fragen, weshalb er gerade aus der großen Zahl von Kriminaloberwachmeistern feinerzeit auch die Kadenauffäre vom Pariser Platz bearbeitet hat? — Vors.: Weil er für einen tüchtigen Beamten gehalten wird. Oder ist es vielleicht ein Vorwurf? — Justizrat Proß: Ich möchte nur darauf hinweisen, daß dieser Beamte danach also

für eine große Karriere bestimmt

ist. Darauf zieht sich das Gericht zur Beratung über den von Dr. Lamp gestellten Beweisbeitrag zurück. Die drei anderen Verteidiger erscheinen wieder im Saal.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

eine Forderung an einen säumigen Zahler übertragen worden war, so benutzte er alle Mittel, um das Geld einzutreiben. So gelangte er auch oft in den Besitz von Räuberskünden, die er dann von seiner Wohnung aus weiterverkauft. Jetzt standen wieder in seiner einen Bekanntschaft Tüchle, Reststellen und ein Schrank. Hausbesitzern gegenüber hatte er schon gesagt, daß er die Sachen nicht los werden könnte.

Die Eheverhältnisse des Ermordeten, die die denkbar schlechtesten waren, werden erst weiter geklärt werden können, wenn Frau Engelmann nach Berlin zurückgekehrt ist. Jedenfalls aber fürchtete der Mann ständig von seinen Frauen aus, einen Anschlag auf sein Leben. Diese Befürchtung hat er wiederholt ausgesprochen. Immer wieder legte er großen Wert darauf, daß man, wenn er eines Tages tot aufgefunden würde, seine Leiche obduziert möge. Der Arzt, bei dem er das Geld für die eigene Eklution hinterlegt haben wollte, ist bisher nicht auffindbar gemacht worden.

Die verschleuderten Feuerwehrräte.

Branddirektor Reichel hat dem Vertreter eines Berliner Blattes zu der von uns heute früh mitgeteilten Verschleuderung von Feuerwehrräten mitgeteilt, daß zwischen der Berliner Feuerwehr und einem Altwarenhandler seit mehreren Jahren ein Vertrag bestehe, der die Feuerwehr verpflichtet, das Altmaterial an diesen Händler zu angemessenen Preisen zu verkaufen. Der Branddirektor erklärte, über den Verkauf nicht orientiert gewesen zu sein und ihn, nachdem er davon Kenntnis erhalten hatte, sofort rückgängig gemacht zu haben. Sämtliche Gegenstände ständen der Feuerwehr wieder zur freien Verfügung. Damit hat der Branddirektor zugegeben, daß ein Verkauf zu Schleuderpreisen, wie wir es mitteilen, tatsächlich stattgefunden hat.

Die Siedlungsbauten des Wohnungsverbandes.

Eine Protestversammlung gegen den Wohnungsverband Groß-Berlin war am Donnerstagabend vom Aktionsausschuß der Mieterauschüsse und Siedlungsorganisationen Groß-Berlins nach dem Sophien-Realgymnasium in der Weinmeisterstraße einberufen worden. Das Thema des Abends lautete: „Der Wohnungsverband als Dauerwerk. Was haben die Mieter zu erwarten?“ Die Angriffe, die der Referent Richter und nach ihm die Diskussionsredner gegen die Bauten des Wohnungsverbandes richteten, waren außerordentlich scharf und dürften den Wohnungsverband dazu veranlassen, sofort Remedur einzutreten zu lassen. Die Verstöße wären, so führten die Redner aus, so schlimm, daß der Aktionsausschuß die Verwaltung der neubauten Siedlungshäuser ehrenamtlich übernehmen wolle, um geschlossenen für die Anfordern und Abhilfe der Mängel an den Häusern eintreten zu können. Denn fast alle Schreiben, die wegen Reparaturen an den Wohnungsverband gerichtet worden seien, wären unbeantwortet geblieben. Für den Bau der Häuser wäre altes Material verwendet worden, das aus dem Rheinland, Oberschlesien usw. bezogen wurde, weil angeblich in Berlin davon nichts zu haben gewesen sei. Von einer Kontrolle durch Beamte des Wohnungsverbandes hätte man noch nichts gehört, auch nicht über die Abnahme der Bauten. Bei 40 bis 50 Prozent der Häuser regne es durch das Dach hindurch, und zwar so, daß das Wasser durch die obere Etage in die unten gelegene Küche laufe. Die Belüftung der Gebäude sei außerordentlich mangelhaft, da die Siedler das Gas nicht direkt von der Stadt beziehen, sondern durch den Wohnungsverband, der in jeder Kolonie nur einen Gasmesser aufstelle.

Der Aktionsausschuß will vom Wohnungsverband weiter nichts als daß er einmal eine Beschäftigung der Kolonien vornehmen läßt, um sämtliche Mängel festzustellen. Dann will der Aktionsausschuß es übernehmen, falls der Wohnungsverband nicht über das nötige Geld verfügt, durch Gesuche an den Staat oder die Stadt die erforderlichen Summen zur Verbesserung der Gebäude zu beschaffen.

Der Schülerstreik gegen Dr. Löwenstein scheint, als Folgeerscheinung der heftigen Agitation gegen den neuen Oberstudienschalet, jetzt tatsächlich zu beginnen. Schüler der 18. Realschule demonstrieren in einem Zuge und versuchen, Schi-

ler der 5. Realschule zu veranlassen, sich ihrer Protestaktion anzuschließen. Die Sicherheitspolizei mußte eingreifen und den Zug der protestierenden Jünglinge zerstreuen.

Es wäre jetzt Zeit für den Kultusminister, dem beginnenden Unfug mit aller Energie entgegenzutreten.

Schöneberger Kleingartenwesen.

Ueber die Entwicklung des Kleingartenwesens in Schöneberg, zu dessen Förderung durch die Gemeindebehörden im vorigen Winter die Kleingartenbeiratung und weiter der Kleingartenrat und der Kleingartenbeirat eingesetzt wurden, berichtet jetzt der Magistrat an die Stadterordneten.

Auf dem Südgelände wurden rund 700 neue Gärten von 300 Quadratmeter Durchschnittsgröße eingerichtet. Innerhalb dieser Gartengruppe wurden 10 Spielplätze von je etwa 800 Quadratmeter und 300 Kartoffelparzellen von je 250 Quadratmeter vorgezogen. Zurzeit gibt es im gesamten Stadtgebiet rund 4000 Kleingärten. Das Land konnte durch freiwillige Vereinbarung zur Verfügung gestellt werden. Schwer war die Beschaffung von Sämen und Brunnen wegen der hohen Kosten, die z. B. pro Brunnen 3000 M. betragen sollten. Für 186 000 M. wurden 5700 Meter Drahtzaun aufgestellt und 24 Brunnen hergerichtet, 10 davon durch die Gartenpächter selber, mit Hilfe eines von der Deputation besorgten eigenen Holzzeuges, wodurch sich 15 000 M. ersparen ließen. Zu den 186 000 M. trugen alle Pächter durch Umlage 9400 M. bei, den Rest sollen die beliebigen Parzellen in vier Raten bis Herbst 1922 ausbringen. Für die Wirtschaftsgenossenschaft der Pächter ließ die Deputation einen Schuppen aufstellen, der als Verkaufsstätte für Sämereien und Materialien dienen soll. Die Kosten in Höhe von 50 000 M. zahlt die Genossenschaft in vier Raten bis Herbst 1924. Die Abräumung und Befestigung der durch Müll und Unrat fast unpassierbar gewordenen Wege erforderte 40 000 M. zu Lasten der Stadt.

Für die Entwicklung des Kleingartenwesens ist es von großer Bedeutung, daß der Pachtervertrag mit dem Geländeeigentümer auf 10 Jahre verlängert wurde. Neue Kleingärten, von denen im Herbst 450—500 eingerichtet werden sollen, erfordern noch etwa 300 000 Quadratmeter. Geplant sind Kuckucksgärten und Lehrkurse sowie eine Organisation für Schädlingsbekämpfung und für Geländebewachung. Der Bericht schließt mit dem Hinweis, daß die 4000 Kleingärten jährlich 2 Millionen Mark Ertrag bringen.

Zur weiteren Förderung des Kleingartenwesens will der Magistrat einen Grundstücken mit 40 000 M. schaffen, aus dem Mittel für besondere Anlagen, für Lehrkurse, Schädlingsbekämpfung, Pächterunterstützung entnommen werden könnten. Ihm sollen auch etwaige Bodrückerhöfe zufließen.

Gleichzeitig fordert der Magistrat 270 000 M. für Poststandsarbeiten, zur Ueberwachung von Land, zur Anlage neuer Gärten und zur Herrichtung von Wegen. Davon entfallen 250 000 M. auf Arbeitslöhne, 20 000 M. auf Fuhrkosten. Die Arbeiten werden in eigener Regie ausgeführt und geben 40 Arbeitern Beschäftigung für 130 Arbeitstage. Die Stadt hofft auf 104 000 M. Zuschuß vom Reichsamt für Arbeitsvermittlung.

Wolff Öttermann, der verdienstvolle Führer der deutschen Tonkünstlervereine, der 25 Jahre ehrenamtlich den „Berliner Tonkünstlerverein“ führte, und dessen hervorragendem organisatorischen Wirken der Zusammenschluß aller deutschen Tonkünstler zum „Zentralverband Deutscher Tonkünstler“ zu danken ist, verließ an einer heftigen Lungenentzündung. Die letzte große Tat dieses für das Wohl und Ansehen des gesamten Tonkünstlerverbandes gleich verdienstvollen Führers war der Zusammenschluß der wichtigsten deutschen musipädagogischen Organisationen zu den „Vereinigten Musikpädagogischen Verbänden“, dessen Vorsitz ihm gleichfalls anvertraut war. Die deutsche Musikwelt, in der Öttermann auch durch seine schriftstellerische Tätigkeit bekannt war, verliert in ihm eine bedeutende Persönlichkeit.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 25. September:

Charlottenburg, 17 Uhr. Konferenz der Abteilungsvorstände in der Aula der Sophie-Charlotten-Schule, Köpenickerstr. 12.

